

# spendenauftruf

Das Palästinenserlager Telasata liegt am Stadtrand von Beirut. Hier leben einige Tausend Palästinenser in kleinen Steinhäusern, die sie selbst in kollektiver Arbeit erbaut haben. Das Lager war 1972 das Ziel heftiger Luftangriffe durch die libanesische Armee. Damals mußten die vielen Verwundeten in der alten, wellblechbedeckten Moschee des Lagers untergebracht werden. Sie waren dort nur sehr ungenügend vor den feindlichen Luftangriffen geschützt. Daraufhin beschloß die Bevölkerung des Lagers, die alte Moschee abzureißen und an ihrer Stelle ein Hospital zu bauen.

Als wir das Lager besichtigten, war der Rohbau des Krankenhauses fast fertiggestellt. Männer, Frauen und Kinder aus dem Lager sind am Bau des Krankenhauses beteiligt. Der Keller des Krankenhauses ist so gebaut, daß er den Angriffen bis zu 80 mm Granaten standhalten kann. Dort sollen während der Luftangriffe die Kranken und Verwundeten relativ sicher untergebracht werden können.

Im Augenblick ist es aber so, daß der Bau wegen fehlender Mittel nicht weitergeführt werden kann. Es fehlt an Baumaterialien für den Innenausbau und an Mitteln für die medizinische Grundausstattung. Um den Bau des Krankenhauses fortsetzen zu können, wird dringend Geld benötigt.



Opfer zionistischer Luftangriffe auf Lager im Libanon im Juni 1974

## Spendet für den Aufbau des Krankenhauses in Telasata !

Geldspenden bitte auf das folgende Konto:

Lutz Herberg  
PSchA 1 Berlin West  
Konto-Nr. 3343 01-102  
Kennwort "TELASATA"

# Das GUPA und GUPS Verbot muß fallen!

Vor 2 Jahren überzog der Staatsapparat die BRD und Westberlin mit einer Welle brutaler Polizeiberfälle. Presse, Rundfunk und Fernsehen waren gleichgeschaltet und unterstützten diesen Polizeiterror mit einer intensiven Hetzkampagne gegen Araber und Palästinenser. Allein in den letzten 2 Septemberwochen wurden über 1000 verhaftet, ausgewiesen und abgeschoben. Bei diesen Aktionen arbeiteten die deutschen Ausländerbehörden eng mit dem zionistischen und dem jordanischen Geheimdienst zusammen, die ihnen schwarze Listen mit fortschrittlichen Palästinensern zur Verfügung stellten.

Der Höhepunkt der Verfolgungskampagne war das Verbot von der Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA) und der Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) durch eine Verfügung des Polizeiministers Genscher am 4.10.72. Diesem Verbot folgten weitere massive Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Abschiebungen. Gründe für die Ausweisungen wurden konstruiert, wie z.B.: "Sie haben vor 3 Monaten an einer Veranstaltung der GUPA bzw. GUPS teilgenommen, diese Organisationen sind verboten. Die Verhafteten wurden meist nach Jordanien abgeschoben, wo sie gleich bei der Ankunft ins Gefängnis geworfen wurden.

Als Vorwand für diese Ausländerverfolgung und das Verbot dienten die Geiselnahme des "Schwarzen September" auf der Münchener Olympiade und das Massaker, das die Polizei- und BGS Scharfschützen auf dem Natoflughafen Fürstentfeldbruck durch ihren Feuerüberfall verursachten.

Im Hintergrund standen allerdings die Versuche der Bourgeoisie, den Unterdrückungs- und Terrorapparat auszubauen, nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen das deutsche Proletariat. Das GUPA/GUPS-Verbot reiht sich daher auch ein in die Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte in der BRD. Um ihren imperialistischen Machtbereich auszuweiten und zu festigen, schafft sich die deutsche Bourgeoisie seit Jahren die Voraussetzungen, um revolutionäre Bewegungen im eigenen Land zu zerschlagen.

Schon 1970 sollte das GG geändert und einige zusätzliche Gesetze zur inneren Sicherheit verabschiedet werden, um der von Genscher geforderten "gezielten Beobachtung extremer Ausländergruppen" den gesetzlichen Rahmen zu geben. So war das Verbot von GUPA und GUPS nur der Auftakt, der erste Schritt zu einer verschärften bis heute andauernden systematischen Verfolgung fortschrittlicher ausländischer Organisationen und ihrer Mitglieder. So sind die Organisationen ATÖF und CISON vom Verbot bedroht, einige ihrer Mitglieder wurden verhaftet, so wurden Demonstrationen gegen das Schahregime im Winter 73/74 in der gesamten BRD verboten. Gerade in der jüngsten Zeit nimmt die Verfolgung der Palästinenser wieder zu. So dienen angeblich geplante Terroranschläge auf die Fußballweltmeisterschaft dem Staatsapparat als Vorwand mehrere Palästinenser zu verhaften und ins Gefängnis zu werfen. So wurden am 12. Sept. 74 in Frankfurt, Kiel und Bonn Hausdurchsuchungen durchgeführt. Als Begründung wurden in allen Fällen angegeben: Verdacht auf unerlaubte politische Betätigung.